



# DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

# 12

Dezember 2021 / 55. Jahrgang

# POLIZEISPIEGEL

## Besinnliche Weihnachten wünscht die DPoIG!

Seite 16 <

Einkommensrunde  
2021 TV-L  
Angriffabwehr  
statt konstruktiver  
Verhandlungen für  
Verbesserungen

Seite 18 <

Fachteil:

- Vorschriftsmäßigkeit  
ausländischer Fahrzeuge
- Rechtsprechungsübersicht  
aus Oktober 2021



# Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

das Jahr 2021 neigt sich dem Ende. Zeit für ein Innehalten, einen Rückblick auf Gewesenes und einen Ausblick auf das nächste Jahr.

Wie schon im letzten Jahr wird die Weihnachtszeit wieder keine ungetrübte Zeit der Besinnung sein können. Stark steigende Corona-Inzidenzzahlen stellen wieder infrage, was wir eigentlich schon hofften, durch Impfungen hinter uns lassen zu können. Auch in der Polizei bewegen uns intensiv die Fragen nach Auffrischungsimpfungen. Plötzlich steht auch wieder in der Diskussion, ob es nicht Kontaktbeschränkungen geben muss. Können wir unsere geplanten Weihnachtsfeiern durchführen oder macht das Virus uns einen Strich durch die Rechnung? Absehbar wird es natürlich auch Auswirkungen auf die Polizei haben, wenn es zu gesellschaftlichen Einschränkungen kommen soll.

Aber wir wollen das Thema auch nicht zu sehr in den Fokus rücken. Wir als Polizei werden wie immer professionell mit den Entwicklungen



© Rosel Eckstein/Pixello.de

umgehen und die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen in den Mittelpunkt stellen.

Wir hoffen auf ein möglichst unbeschwertes Weihnachtsfest im Kreise der Familien und unser besonderes Augenmerk liegt auf den Kolleginnen und Kollegen, die über die Weihnachtsfeiertage Dienst zu versehen haben und für unsere Sicherheit sorgen werden. Euch wünscht der Landesvorstand insbesondere ein ruhiges Fest und wir danken euch sehr herzlich.

Auch die Frage, wie der Jahreswechsel begangen werden kann ist derzeit noch offen. Wieder wird die Frage zu stellen sein, ob nicht ein „Böllerverbot“ sinnvoll ist. Bei vollen Intensivstationen ist das aus unserer Sicht notwendig und sinnvoll. Wie es auch kommt,

wieder werden etliche Polizistinnen und Polizisten im Dienst sein müssen, um einen friedlichen Jahreswechsel zu garantieren. Was so selbstver-

ständlich erscheint, sollte aber auch Ansporn für die Politik sein, nicht nur in Sonntagsreden die Polizei zu loben, sondern auch für gerechte Bezahlung und vernünftige Arbeitsbedingungen zu sorgen.

Der zweite Jahreswechsel unter Pandemiebedingungen ist einschneidend und frustrierend. Das fordert uns als Gesellschaft, aber uns als Polizei besonders.

Ein Blick nach vorne zeigt schon auf das nächste Großereignis, nämlich die Landtagswahlen 2022. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Thema Innere Sicherheit und die Ausstattung der Polizei mit Personal, Finanzen und Sachmitteln nicht zu kurz kommt. Es bleibt spannend, welche Regierungskonstellation in

Schleswig-Holstein zustande kommt. Sicher ist, dass wir in Zeiten großer Veränderungen sind, in denen Gewerkschaften eine wichtige Rolle als Interes-

senvertretung spielen werden. Der Landesvorstand der DPoIG wird sich mit aller Kraft für die Belange der Polizeibeschäftigten einsetzen. Das ist versprochen.

Nun aber versuchen wir unter diesen schwierigen Bedingungen über die Feiertage etwas zur Ruhe zu kommen, Zeit mit der Familie zu verbringen und dennoch auf unsere Gesundheit zu achten. Wir, der Landesvorstand der DPoIG, wünschen allen Kolleginnen und Kollegen ein besinnliches Weihnachtsfest und einen friedlichen Jahreswechsel. 2022 wird ein spannendes Jahr und hoffentlich besser als das vergangene.

*Für den Landesvorstand  
Torsten Gronau,  
Landesvorsitzender*

## Impressum:

Redaktion:  
Sven-Erik Haase  
Tel. 0173.6101705

Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0431.2109662  
Fax 0431.38671061

Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [redaktion@dpolg.sh](mailto:redaktion@dpolg.sh)  
DPoIG SH bei Facebook:  
[www.facebook.com/dpolg.sh](https://www.facebook.com/dpolg.sh)



ISSN 0937-4841



© DPoIG SH (3)

## DPoIG-Landesausschusssitzung 2021

Nach den langen pandemiebedingten Einschränkungen war es nun endlich wieder möglich die Landesausschusssitzung 2021 in Präsenz, zu der neben dem Landesvorstand auch die Vertreter der Kreisverbände einmal im Jahr zusammenkommen und die laut Satzung gewerkschaftlich notwendigen Aufgaben wahrnehmen konnten.

Hierzu trafen sie sich erstmalig zu einer zweitägigen Sitzung vom 28. bis 29. Oktober 2021 in der Jugend- und Bildungsstätte Klingberg in Scharbeutz.

Nach einer langen Zeit video-unterstützter Treffen am heimischen PC tat es gut, endlich einmal wieder richtig zusammenkommen und leibhaftig in lebhaftige Gespräche und Diskussionen einsteigen zu können.

So hatte man reichlich Zeit und Gelegenheit, die Arbeitsaufträge in einer angenehmen und rundum gelungenen Atmosphäre erledigen zu können.

Unter anderem wurde dann auch zügig der Punkt „Wahlen“ aufgerufen.

Hier wurde zunächst in großer gemeinsamer Übereinstimmung Astrid Steffen zur neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Sie wird zukünftig neben dem

weiteren Stellvertreter Frank Hesse und dem Landesvorsitzenden Torsten Gronau im geschäftsführenden Landesvorstand die Geschicke der DPoIG Schleswig-Holstein lenken.

Zum neuen Landesjugendleiter der JUNGEN POLIZEI wurde Jonathan Roß gewählt.

Beide werden sich in der nächsten Ausgabe des POLIZEI-SPIEGELS vorstellen.

Die neu gewählten Vorstandsmitglieder versprachen, sich voll motiviert in die gewerkschaftliche Arbeit stürzen zu wollen. An neuen Ideen mangelt es nicht.

Neben dem Abarbeiten der Tagesordnung war dann aber auch reichlich Gelegenheit, sich in verschiedenen Arbeitsgruppen zu den aktuellen Problemstellungen Gedanken zu machen und wertvolle Ideen für die zukünftige Ge-



> Polizeidirektor Arne Dunka

werkschaftsarbeit zu entwickeln.

Sehr interessante Einblicke erhielt die mehr als 20 Personen starke Versammlung beim Besuch des Leiters der Fachinspektion Aus- und Fortbildung der PDAFB Eutin, Herrn PD Arne Dunka.

Er stellte die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen in der Ausbildung, der Fortbil-



> Landesjugendleiter Jonathan Roß, Landesvorsitzender Torsten Gronau, Stellvertreterin Astrid Steffen und Stellvertreter Frank Hesse (von links)

dung, aber auch der Gewinnung von Nachwuchskräften vor.

Anschaulich wurde auch über den Stand in Sachen zweite Einsatzhundertschaft und die vielfältigen Baumaßnahmen auf der Hubertushöhe berichtet.

Nach ausführlichen Diskussionen und Berichten, auch über die Wünsche der Kolleg(inn)en des Einzeldienstes aus dem Kreis der Teilnehmer, verabschiedete sich Herr Dunka nach einem für beide Seiten hochinteressanten Nachmittag aus der Runde.

Fazit der zweitägigen Ausschusssitzung: eine runde, gelungene Veranstaltung, die es wert ist, im kommenden Frühjahr an geeigneter Stelle wiederholt zu werden – sofern es die Corona-Lage zulässt.

Frank Hesse, stellvertretender Landesvorsitzender

## Die PD Ratzeburg begrüßt die neuen Kollegen

Am 1. November 2021 führte die Polizeidirektion Ratzeburg die Begrüßung der neuen Kollegen im Rahmen eines Seminars durch.

Begrüßt wurden alle „Neuzugänge“, die nach Abschluss der Ausbildung bereits zum 1. August 2021 und nach Beendigung des Bäderdienstes zum 1. Oktober 2021 in die PD Ratzeburg versetzt wurden.

Im Rahmen dieses Seminars, welches den neuen

Kollegen einen Einblick in die Organisation und Struktur der PD Ratzeburg geben und dazu dienen sollte, auch die Leitungspersonen der südlichsten Direktion der Landespolizei Schleswig-Holstein und des örtlichen Personalrats kennenlernen, hatte auch der neue DPoIG-Kreisverband

Ratzeburg die Möglichkeit, sich vorstellen.

Bei Kaffee und frischen Brötchen, die durch den Kreisverband Ratzeburg in Zusammenarbeit mit der Regionalgruppe Ratzeburg der Gewerkschaft der Polizei gesponsert wurden, hatten wir die Möglichkeit, mit den neuen Kollegen ins Gespräch zu kommen und die Wichtigkeit einer gewerkschaftlichen Vertretung zu betonen.

Wir, als DPoIG-Kreisverband Ratzeburg, heißen hiermit alle neuen Kollegen nochmals in den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Stormarn herzlich willkommen und wünschen viel Freude am Beruf, verbunden mit der Bitte: Passt auf euch auf und kommt immer wieder gesund aus den Einsätzen zurück!!!

Christian Johannsen, Vorsitzender Kreisverband Ratzeburg

## Die Landespolizei ohne geeignete Gewehre – was tun?

Keine Angst, es dreht sich nicht schon wieder um die MCX, zumindest nicht hauptsächlich.

Die jahrelang auf den Dienststellen bereitgehaltenen Gewehre G 3 sind uns ja nun abgezogen worden.

Benutzt wurden sie außer bei Terror-/Amoklagen oder -verdachten ja nur zum Töten von schwerem Wild (Schwarz-/Rotwild) oder Nutztieren, die verletzt waren oder zu einer Gefahr werden konnten. Dies war vor allem der Fall nach Unfällen oder wenn Tiere von den Transportern zum Schlachthof entkamen.

**Doch was machen wir nun in einem solchen Fall?**

**Die MCX nehmen?**

Zivil ist die Verwendung des Kalibers der MCX (5,56 x 45 Millimeter oder auch .223 Remington genannt) jagdlich nur auf Rehwild begrenzt, grö-

ßeres Wild darf damit nicht beschossen werden, und das aus gutem Grund, denn dafür bedarf es größerer Kaliber mit massigeren Geschossen.

Nun ist die Polizei zwar nicht an die Jagdgesetze gebunden, aber es ist doch ein guter Anhalt.

Bei einem Rind zum Beispiel, welches nach einem VU verletzt und aufgebracht auf der Straße hin- und herläuft, würde jeder Treffer das Tier noch wilder und aufgebracht machen, falls er nicht gleich tödlich wäre, was keiner bei einem sich schnell bewegenden Rind garantieren kann.

Das G 3 wäre hier mit seinem stärkeren Kaliber eine gute Lösung gewesen, zumal die Waffen ja schon da waren und nicht erst neu beschafft werden müssten.

Ich behaupte auch mal, dass jeder, der daran ausgebildet wurde, die Bedienung auch nicht vergisst, zumal sie der MP 5 ähnlich ist; Schwierigkeiten mag es höchstens dabei geben, den Verschluss zu zerlegen und wieder zusammensetzen.

**Nun sind sie weg – was machen wir also in einem Bedarfsfall? Die Dienststelle anfordern, die die notwendigen Waffen hat, das SEK?**

**Selbst wenn sie dafür kämen, wie lange dauert denn das?**

Sollte man einen Jäger anrufen, der dann vielleicht oder vielleicht auch nicht oder erst nach einer Stunde kommt? Zumal man diesen dann ja auch nur bitten könnte zu schießen, da er nicht verpflichtet werden kann, auf das Tier zu schießen (haftungs- und waffen-/jagdrechtliche Aspekte lasse ich hier auch mal außen vor, da dies ja keine Jagdausübung wäre, er aber auf Anordnung

der Polizei handeln würde). Auch sieht es nach außen hin ziemlich unvorteilhaft für die Polizei aus, wenn man jedesmal bei so etwas bei einer externen Kraft um Unterstützung betteln müsste.

Gerade vor Kurzem passierte wieder ein schwerer VU auf der BAB 7, als eine Kuhherde ausgebrochen war; ein G 3 wäre nützlich gewesen.

**Muss erst wieder was passieren, bis man diesbezüglich handelt?**

Die DPoIG fordert, dass die 24/7-Dienststellen zumindest wieder mit einem G 3 ausgerüstet werden – so weit gehen, dass wir eine bedienungsgleiche Waffe wie die MCX im Kaliber 7,62 x 51 fordern (die es ja auf dem Waffenmarkt gibt), wollen wir ja gar nicht, es würde ja schon am Geld scheitern.

PHK Jens Griffel, Vorsitzender Kreisverband Neumünster

## Bundesseniorenkonferenz

Am 12. Oktober 2021 schickte mich unser Landesvorsitzender Torsten Gronau in die Lutherstadt Wittenberg, um dort unser „Positionspapier“ an die Schlosskirche zu Wittenberg zu nageln.

**Spaß beiseite, ich bin nicht Luther, sondern der Landesesseniorenbeauftragte, der dort zur Bundesseniorenkonferenz geladen war.**

Untergebracht im altherwürdigen „Brauhaus Wittenberg“ erlebten wir zwei informationsreiche Tage. Dass man dort nicht nur gut tagen kann, mag der geneigte Leser durchaus erahnen.

Der neue Bundesseniorenbeauftragte Dirk Kost vom Landesverband Sachsen-Anhalt eröffnete die Sitzung mit einem Bericht der Bundesseniorenvertretung des dbb.

Großen Raum nahm die Digitalisierung in Verbindung mit dem Erhalt der Arbeitsplätze ein.

Auch die Gewerkschaften sollten darin eingebunden werden, indem sie zum Beispiel ihre Mitglieder direkt informieren können.

Die digitale Welt sollte auch den älteren Menschen eröffnet werden.

An die „Bürgerversicherung“, die mit Bildung der Ampel durchaus wieder realisiert werden könnte, wurde eine klare Absage erteilt.

Es erfolgte noch ein Aufruf zur Geschlossenheit der dbb Gewerkschaften im jetzigen Tarifkonflikt. Über den Tarifverhandlungen schwebt das Alimentsurteil des Bundesverfassungsgerichts. Da kommen möglicherweise neben der Tarifierhöhung noch

weitere hohe Kosten auf die Tarifparteien zu.

Natürlich durfte der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer der I. nicht fehlen.



Senioren bei einer Brauereibesichtigung

Er berichtete, dass die Bundesgeschäftsstelle auch während des Lockdowns voll funktionsfähig war. Man hatte sich rechtzeitig vorbereitet, beziehungsweise schon weit vorher Heimarbeitsplätze eingerichtet.

Zurzeit beschäftigten der Bundestagswahlkampf und das Ergebnis den Bundesvorstand voll.

Er warnte vor einem Frontalangriff auf das Berufsbeamtenum und nannte hier exemplarisch die Bürgerversicherung,

eine mögliche Reform der Rentenversicherung, die die Beamten miteinbezieht, und weitere Antidiskriminierungsgesetze im Bund und in den Ländern. „Die Ideologie schlägt hier die Sachargumente“, so Rainer Wendt. Dazu erwähnte er, das in Berlin null Fälle vor Gericht gelangt sind. Auch die Kennzeichnungspflicht der Einsatzkräfte hat noch zu keiner Ermittlung geführt.

Abschließend lobte er noch die DPoIG-Mitgliedsgewerkschaften, die sich aktiv am Arbeitskampf der GDL beteiligt haben. „Das war ein starkes Stück gelebter Solidarität“, schloss Rainer Wendt.

Es erfolgte ein Austausch der einzelnen Seniorenvertretungen von Bund und Ländern. Insbesondere die Beihilfe war ein Thema. Dazu stellte ich fest, dass wir in SH im oberen Drittel liegen. Es gibt schlimmere Länder. Allerdings ist überall eine schleichende und heimliche Reduzierung der

Leistungen zu verzeichnen. Gelobt wurde die Beihilfe-App, die es auch schon in einigen wenigen anderen Ländern gibt. „Ein Klick und das Geld ist auf dem Konto“, wurde berichtet.

In Rheinland-Pfalz hatte die Landesverwaltung Daten über die Sterblichkeit der einzelnen Beamtengruppen ermittelt. Die Polizisten und Polizistinnen und der Justizvollzug sterben

mit durchschnittlich 77 Jahren gegenüber der allgemeinen Verwaltung mit 82 Jahren mit Abstand am frühesten. Das wäre ein zusätzliches starkes Argument zur Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage.

Nach der Sitzung folgte noch eine Führung durch die Schlosskirche zu Wittenberg. Mit einem tollen Vortrag im Kopf wartete ich auf den ICE, der mich dann in fünfständiger Fahrt gen Heimat tragen sollte.

*Ernst Meißner,  
Landesseniorenbeauftragter*